

GESUNDHEITSPOLITIK SCHWEIZ

Wie Lobbyisten Sparbemühungen hintertreiben

 SonntagsZeitung | 12.05.2024

Steigende Krankenkassenprämien - Zahlreiche Parlamentarier haben ein Mandat aus der Gesundheitsbranche. Drei Beispiele zeigen, wie sie sich für ihre Klientel einsetzen - statt Kosten zu senken.

Mischa Aebi und Adrian Schmid

Steigende Prämien sind die Hauptsorge der Schweizerinnen und Schweizer. Doch die Politik schafft es nicht, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Ein Grund: Rund 70 National- und Ständeräte sind über Mandate mit der Branche verbunden. Gesundheitsökonom Heinz Locher sagt: «Die Lobbyisten schaffen es immer wieder, gute Vorlagen zu verzögern oder abzuschwächen.» Drei aktuelle Beispiele zeigen, wie sich Politiker für ihre Klientel starkmachen.

1. Visana-Präsident stimmt gegen Lohndeckel bei Krankenkassen

Einige Krankenkassen-Chefs haben im letzten Jahr sehr gut verdient: Sanitas-Chef Andreas Schönenberger kassierte 955'000 Franken, bei CSS-Chefin Philomena Colatrella waren es 796'000 Franken. Finanziert werden die Entschädigungen durch die Prämienzahler. Die Gesundheitskommission des Nationalrats wollte im April ein Zeichen setzen und sprach sich dafür aus, die Löhne der Direktoren und Verwaltungsräte von Krankenkassen zu deckeln. Sieben Mitglieder stimmten dagegen.

Gegen den Deckel stimmte ausgerechnet Mitte-Nationalrat Lorenz Hess. Als Präsident der Visana könnte er selbst vom Deckel betroffen sein. 2022 bekam er für dieses Mandat, das einem Pensum von 30 bis 40 Prozent entspricht, über 160'000 Franken.

Für Experte Locher ist Hess' Verhalten schlicht «unanständig». Er spricht von einem «krassen Fall». Seiner Meinung nach hätte Hess «zwingend in den Ausstand treten müssen». Locher findet ohnehin, dass die Entschädigungen der Chefs und Verwaltungsräte der Krankenkassen viel zu hoch seien. «Der Handlungsbedarf ist gross.»

Lorenz Hess verteidigt sich: «Es ist in parlamentarischen Kommissionen nicht üblich, dass Mitglieder in den Ausstand treten, nur weil sie beruflich irgendwie mit dem Thema zu tun haben», sagt er. Sonst müsste in vielen Fällen «die halbe Kommission in den Ausstand treten». Als Verwaltungsratspräsident habe er «anderes zu tun, als die Anliegen der Krankenkassen im Parlament zu vertreten». Für die Interessenwahrnehmung gebe es die Verbandsvertreter. «Beim Antritt des Amtes als Präsident der Visana habe ich übrigens zur Bedingung gemacht, dass ich den Job nur annehme, wenn keine politischen Erwartungen damit verbunden sind und der Verbleib im Nationalrat keine Voraussetzung ist.»

Hess betont zudem, dass er «sehr gut verstehe, dass sich viele über hohe Löhne im Gesundheitswesen empören». Es gebe aber Gründe, die gegen eine Deckelung sprächen. Diese wäre «kaum praktikabel». Denn

die meisten Krankenkassen seien längst nicht mehr nur in der obligatorischen Krankenversicherung tätig, sondern böten auch privatrechtliche Dienstleistungen wie Zusatz- oder Unfallversicherungen an.

Zudem sei der Anteil der Löhne an den 90 Milliarden Gesundheitskosten marginal. «Die Krankenkassenprämien würden bei einer Deckelung der Cheflöhne um weniger als einen Franken sinken.»

2. Designierter Spital-Präsident fordert Teuerungsausgleich bei Spitaltarifen

Auch Damian Müller ist gut mit der Branche vernetzt. Der FDP-Ständerat und Präsident der Gesundheitskommission hat zwei bezahlte Mandate: Er sitzt dem Forum Gesundheit Schweiz vor und ist Präsident der Interessengemeinschaft Biomedizinische Forschung und Innovation. Dahinter steckt Interpharma, der Verband der forschenden Pharmafirmen. Zudem war Müller bis vor wenigen Tagen designierter Präsident des Kantonsspitals Luzern (Luks). Auf diesen Posten verzichtete er letzte Woche auf Druck von aussen.

Nun zeigt sich: Im März hat Müller im Parlament einen Vorstoss eingereicht, in dem er ausgerechnet fordert, dass Spitäler auf ihren Tarifen künftig automatisch den vollen Teuerungsausgleich bekommen sollen - und zwar prospektiv, also noch bevor die Teuerung tatsächlich eingetroffen ist, auf Basis der offiziellen Prognose des Bundes. Laut Experten würde das die Gesundheitskosten jährlich um mehrere Hundert Millionen Franken in die Höhe treiben. Das ruft SVP-Nationalrat Andreas Glarner auf den Plan: «Müllers Vorstoss ist ein Hohn. Er zeigt, wie Lobbyisten im Parlament immer noch mehr Geld für ihre Auftraggeber fordern und damit für noch höhere Gesundheitskosten sorgen.»

Müller wehrt sich vehement gegen diese Darstellung. «Mein Vorstoss hat nichts mit der Luks-Gruppe zu tun. Wer etwas anderes behauptet, ist einfach nur böseartig», sagt der Freisinnige. Das Luks stehe als Zentrumsspital in der Innerschweiz gut da. Ohnehin habe er sich mit den Folgen der Teuerung schon beschäftigt, bevor er von der Kantonsregierung angefragt worden sei, am Auswahlverfahren fürs Verwaltungsratspräsidium teilzunehmen.

Gemäss Müller ist die Teuerung für viele Spitäler «ein grosses Problem». Die Tarife müssten der Teuerung angepasst werden, sonst würden etliche Spitäler nicht überleben. «Die Auswirkungen für unsere Gesundheitsversorgung wären dramatisch.» Es dürfe auch nicht sein, dass nun «stabile Spitäler wegen nicht kostendeckender Tarife in Not kommen». Müller verweist zudem auf die Gesundheitskommission des Nationalrats, die jüngst einen Bericht zu den Auswirkungen der Teuerung auf die Tarife im Gesundheitswesen verlangt hat.

3. Chef von Pharmaverband wehrt sich gegen tiefere Medikamentenpreise

Im März behandelte der Nationalrat eine Motion zu den Medikamentenpreisen. Diese verlangte, dass die Krankenkassen künftig die Kosten vergüten, wenn Privatpersonen Medikamente im Ausland zu günstigeren Konditionen einkaufen. Die Mehrheit der grossen Kammer stimmte dafür, auch der Bundesrat unterstützte die Forderung. Nicht aber SVP-Nationalrat Thomas de Courten. Er trat sogar ans Rednerpult, um die Motion zu bekämpfen. De Courten ist Präsident von Intergenerika, dem Verband der Generikahersteller. Ausserdem ist er Mitglied der IG Biomedizinische Forschung und Innovation.

Auch de Courten's Verhalten führt zu heftiger Kritik. «Das ist derart plump, dass es schon fast peinlich ist», sagt Heinz Locher. Seiner Meinung nach hätte de Courten sagen können, er trete aufgrund seiner Befangenheit in den Ausstand. «Das hätte Eindruck gemacht.» De Courten sieht es anders. «Meine Argumente sind sachlich richtig und objektiv nachvollziehbar», sagt der SVP-Politiker. Die Motion nehme eine Verschärfung der angespannten Versorgungslage in Kauf, gefährde den Patientenschutz und

unterlaufe die Schweizer Marktüberwachung durch Swissmedic. «Die Risiken von Fehlmedikationen, unerwünschten Wechselwirkungen bei Patienten und deren Folgekosten sind unabschätzbar.»

De Courtens Verbandlungen stossen aber selbst parteiintern auf Widerstand. «Leider sind in der Gesundheitskommission auch Lobbyisten aus unserer Partei vertreten», sagt SVP-Nationalrat Glarner und betont, dass er das kritisiere. Glarner fordert schon länger, dass in der Gesundheitskommission keine Lobbyisten mehr vertreten sein dürften. Er glaubt, dass man das Problem der steigenden Kosten in den Griff bekommen würde, «wenn in der Kommission Bäcker und Schreiner ohne Bezug zum Gesundheitssystem vertreten sind».

So hintertreiben Lobbyisten die Sparbemühungen

Seitenzahl

1

Seitenzahl

Titelseitenanriss

Gesundheitskosten - Die Krankenkassenprämien steigen ungebremst. Viele Massnahmen zur Kostensenkung wurden zuletzt von Parlamentariern mit Verbindungen zur Gesundheitsbranche behindert: Mitte-Nationalrat Lorenz Hess stimmte in der Gesundheitskommission zum Beispiel gegen einen Lohndeckel für CEOs und Verwaltungsratspräsidenten von Krankenkassen. Als Präsident der Visana könnte er selbst davon betroffen sein. Gesundheitsökonom Heinz Locher kritisiert: Es sei «unanständig» und ein «krasser Fall», dass Hess nicht in den Ausstand getreten sei. Ebenfalls in der Kritik steht FDP-Ständerat Damian Müller. Kurz vor seiner Wahl als Präsident des Kantonsspitals Luzern reichte er einen Vorstoss ein, der für Spitäler automatisch den vollen Teuerungsausgleich fordert. Und SVP-Nationalrat Thomas de Courten, Präsident des Generika-Verbands, bekämpfte einen Vorstoss zur Vergütung günstig im Ausland gekaufter Medikamente.